

NEIN ZU DEN

PISTENVERLÄNGERUNGEN

INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
WAHLEN	5
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

GRÜNE Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Hinter uns liegt ein intensives Doppelwahljahr. Die neuen parlamentarischen Machtverhältnisse werden Fortschritte im Klimaschutz erschweren. Der Handlungsauftrag ist daher klar: Wenn wir in den Parlamenten weniger Einfluss haben, müssen wir noch stärker auf der ausserparlamentarischen Bühne in Erscheinung treten. Jetzt gilt es mehr denn je Grüne Politik mit Initiativen, Referenden und Abstimmungskämpfen zur Durchsetzung zu verhelfen. Dass wir das können, haben wir erst kürzlich eindrucksvoll mit der kantonalen Wohnungsinitiative bewiesen: Ende September haben wir die in Rekordzeit gesammelten über 10'000 Unterschriften für mehr bezahlbare und ökologische Wohnungen eingereicht. Nochmals herzlichen Dank an alle, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Diesen Schwung nehmen wir mit für unser nächstes Grossprojekt: Die Sammlung der schweizweiten Solar-Initiative beginnt im Frühjahr und wird die Schweiz dem Netto-Null-Ziel einen grossen Schritt näherbringen.

Am 3. März 2024 sind im Kanton Zürich zudem drei wichtige Abstimmungen zu gewinnen: Wir müssen den unnötigen Ausbau der Flughafenpisten verhindern. Gerade angesichts der Erderwärmung ist es verantwortungslos und unsinnig, in klimaschädliche Infrastruktur zu investieren.

Die Abstimmung zur Uferinitiative fordert den Schutz, die Aufwertung und die verbesserte öffentliche Zugänglichkeit von See- und Flussufern. Mit einem JA zur Initiative wird der Lebensraum von Pflanzen und Tieren wieder erweitert, aufgewertet und geschützt.

Mit der Abstimmung zur «Anti-Chaoten»-Initiative soll der Kanton die Politik der Städte und Gemeinden übersteuern und undemokratische Vorschriften für Demonstrationen einführen. Diesen Angriff auf unsere Grundrechte müssen wir abwehren.

Ich freue mich auf ein spannendes politisches Jahr 2024 mit euch!

■ Simon Meyer, Co-Präsident GRÜNE
Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Die nationalen Wahlen sind Geschichte – die ökologischen Stimmen in Bundesbern wurden geschwächt. Auf den Seiten 5, 9 und 11 blicken wir nochmals zurück auf den vergangenen Wahlkampf. Das Wahlergebnis bedeutet für uns, dass wir den Druck für grüne und nachhaltige Lösungen nun nochmals erhöhen müssen.

So wie hier: In verschiedenen Zürcher Gemeinden wird dank der GRÜNEN das Engagement für die Biodiversität künftig deutlich intensiviert. Auf den Seiten 6 und 7 steht, wie es dazu gekommen ist, dass in diesem Kernthema der GRÜNEN in Dübendorf und im Bezirk Affoltern wichtige Erfolge erzielt wurden. Oder bei den kommenden Abstimmungen im Kanton Zürich am 3. März 2024 (Seiten 2 bis 4): Bei den Vorlagen zur Pistenverlängerung, Uferinitiative und «Anti-Menschenrechts-Initiative» geht es um viel: um mehr oder weniger Klimaschutz, um die Verteidigung unserer Grundrechte und um die Schaffung von mehr Natur- und Erholungsräumen.

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer GRÜNE Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der GRÜNEN Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3'300 Ex. Redaktion: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Simon Meyer, Thomas Schweizer, Urs Dietschi, Beat Bloch, Silvia Rigoni, Richard Bisig, Alexander Moser, Diana Díaz, Kiki Jungfer, Julian Croci, Luca Maggi, Dominik Waser, Lisa Eckart, Tara Welschinger, Jasmin Pokerschnig, Reto Diener, Anna-Béatrice Schmalz, Michelle Huber, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 1: Rama/WikimediaCommons; S. 2: Werner Mäder; S. 10: Stadt Winterthur. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

JA ZUR UFERINITIATIVE

Am 3. März 2024 kommt die «Uferinitiative» zur Abstimmung. Sie wird von den GRÜNEN unterstützt und verlangt, dass der Kanton bis 2050 einen durchgehenden Uferweg entlang des Zürichsees erstellt. Gleichzeitig sollen auch die Uferbereiche – entsprechend den Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung – ökologisch aufgewertet werden. Ein Gewinn für Mensch und Natur.



Bereits umgesetzte Wegabschnitte wie in Wädenswil (Foto), in Horgen oder in Zürich (Cassiopeiasteg) zeigen die technische Machbarkeit und die grosse Beliebtheit von Seeuferwegen. Augenfällig ist auch die hohe ökologische Wertigkeit neu angelegter Uferpartien.

Die Gewässer in der Schweiz sind öffentlich. Seen und Flüsse ziehen sich als blaue Bänder durch unsere Landschaft. Sie sind identitätsstiftend, mit ihren uferbegleitenden Wegen ein beliebter Naherholungsraum und Heimat von rund 80 Prozent unserer Tier- und Pflanzenarten. Zu unseren Gewässern gehört nicht nur die mit Wasser bedeckte Fläche, sondern auch deren Ufer und die für die Ökologie, die Biodiversität, die Wasserqualität und den Hochwasserschutz notwendigen Gewässerräume.

Am Zürichsee ist das Ökosystem besonders stark geschädigt. Hier wurden im 19. und 20. Jahrhundert grossflächige Aufschüttungen vorgenommen. Der Kanton hat dieses Land Privaten zur Überbauung überlassen. Diese haben das geschüttete Land mit Ufermauern gesichert und das natürliche Seeufer weitgehend zerstört. Die neu geschaffene «Landanlage» verkleinerte den Zürichsee. Das Land zwischen der historischen Uferlinie und dem heutigen Ufer ist Konzessionsland. In den meisten Konzessionsverträgen ist das Recht auf die Erstellung eines

uferbegleitenden Weges als Auflage enthalten, doch hat der Kanton dieses Recht bisher nie eingefordert. Der Seeuferweg wurde zwar in den Richtplan aufgenommen. Es besteht somit ein verbindlicher Auftrag. Bisher fehlte es auf Seiten des Kantons aber am Willen für die Umsetzung. Mit der Uferinitiative wird nun ein Termin gesetzt (2050) und der Kanton mit der Umsetzung beauftragt.

Der Abstimmungskampf wird vom überparteilichen Verein «JA zum Seeuferweg» – darunter viele GRÜNE – getragen. Auch die privaten Seeanstösser haben sich in einem Verein organisiert, welcher die Uferinitiative – wohl mit sehr viel Geld – bekämpft. Unser kleiner Verein kämpft mit kleinem Budget aber viel Idealismus für mehr Natur und Erholung entlang des Zürichseeufers. Wir danken für ihre Unterstützung.

Weitere Details auf
> www.uferinitiative.ch

■ Thomas Schweizer, Kantonsrat GRÜNE und Mitglied des Initiativkomitees

UNNÖTIG UND UMWELTSCHÄDLICH NEIN ZU DEN PISTENVERLÄNGERUNGEN

Der jetzige, hochfrequentierte und exzellent angebundene Flughafen ist gross genug. Ein noch grösserer, überdimensionierter Flughafen ist unnötig und schadet der Bevölkerung und der Umwelt. Ein NEIN zu den geplanten Pistenverlängerungen ist dringend angezeigt.

Die Pistenverlängerungen schaffen mehr Flugverkehr, verschärfen die Belastung durch Lärm und Schadstoffe für den ganzen Kanton und die Schweiz und schwächen den Bevölkerungsschutz. Mit einem Kapazitätsausbau ist zu rechnen: Die Flughafen Zürich AG und der Regierungsrat weigern sich, die immer wieder geforderte Garantie abzugeben, dass es nicht zu mehr Flugverkehr kommt. Der Grund für die Weigerung wird klar mit den postulierten Zielen: 331'000 Flugbewegungen bis 2030; 50 Millionen Passagiere bis 2040, was 425'000 Flugbewegungen entspricht.

Das ist problematisch: Die Schadstoff- und Umweltbelastung betrifft die gesamte Bevölkerung. Mit den Pistenverlängerungen leiden zudem sämtliche Himmelsrichtungen und immer mehr Betroffene unter mehr Lärm. Und die Kapazität ist bereits jetzt so hoch, dass gemäss eigenem Bericht des Flughafens

die Nachtruhe fast durchgehend verletzt wird.

Ein Pistenausbau ist nicht nur schädlich, sondern auch unnötig. In der Schweiz starten und landen ausschliesslich Flugzeuge, wenn die höchsten Sicherheitsstandards gewährleistet sind. Dies ist für alle Flugzeugtypen und bei allen Wetterverhältnissen möglich. Die bestehende hohe Kapazität des Flughafens Zürich sichert zudem die wirtschaftlichen Interessen der Region unter gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung. Mit einem Nein zum Ausbau bleiben Flughafen und Arbeitsplatzvolumen gleich gross, wie sie heute sind.

Der Flughafen darf nicht aus Eigeninteressen auf Kosten der Bevölkerung ins Unermessliche wachsen, besonders nicht in einem dichtbesiedelten Gebiet wie dem Kanton Zürich.

■ Urs Dietschi, Kantonsrat GRÜNE

JETZT MITMACHEN

Die Flughafen-Unterstützer:innen wollen mit ihren Kampagnen-Millionen den Ausbau des Flughafens durchdrücken. Auf Kosten von Mensch und Umwelt.

Je breiter unsere Bewegung, desto grösser ist die Chance, diesen Wahnsinn zu stoppen. Bist du dabei?



> gruene-zh.ch/pistenverlaengerung



WAHL AN HÖCHSTE KANTONALE GERICHTE

Die aktuelle Verfassung des Kantons Zürich hält als Wählbarkeitsvoraussetzung für das Richteramt an den höchsten kantonalen Gerichten fest, dass wählbar ist, wer in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt ist. Damit ist insbesondere nicht geregelt, wie lange Richterinnen und Richter ihr Amt ausüben dürfen und über welche minimale Ausbildung sie bei der Wahl verfügen sollen.

Damit die neu vorgesehenen Wählbarkeitsvoraussetzungen (abgeschlossenes juristisches Studium) und die Höchstdauer der Amtsausübung (bis zum vollendeten 68. Altersjahr) auf Gesetzesebene eingeführt werden können, muss die Verfassung vorab angepasst werden. Dementsprechend wird § 40 der Verfassung um einen Passus erweitert, wonach das Gesetz für die obersten kantonalen Gerichte weitere Wählbarkeitsvoraussetzungen festlegen kann. Die neue Bestimmung ist eine sinnvolle Ergänzung der Verfassung und gibt dem Gesetzgeber die Möglichkeit, die Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Mitglieder der obersten Gerichte gesetzlich zu regeln. Die Vorlage war im Kantonsrat unbestritten und wurde auch von der Fraktion der GRÜNEN vorbehaltlos unterstützt.

■ Beat Bloch, Kantonsrat und Bezirksrichter

GRÜNE GEDANKEN

...gibt es ein Mal pro Woche auch im P.S., der linken Zürcher Zeitung.

Jetzt abonnieren und die Zürcher Medienvielfalt stärken.

Weitere Infos unter
> www.pszeitung.ch



2X NEIN: GEGEN DEN ANGRIFF AUF UNSERE GRUNDRECHTE

Die Bürgerlichen klagen, dass Demonstrationen regelmässig aus dem Ruder laufen, dass die Stadt Zürich viel zu lasch sei und rufen nach dem Kanton, der nun durchgreifen müsse. Mit der kantonalen Volksinitiative «Durchsetzung von Recht und Ordnung» wird verlangt, dass Demos immer bewilligt werden müssen. Künftig sollen die Kosten für Polizeieinsätze bei unbewilligten Demonstrationen zwingend auf Teilnehmende und Veranstalter:innen überwältigt werden. Der Kantonsrat legt einen Gegenvorschlag vor, der diese extreme Forderung leicht abschwächt, aber an einer zwingenden Kostenverrechnung und Bewilligungspflicht festhält.

Aktuelle Gesetze funktionieren gut

Nach heutigem Polizeigesetz kann eine Gemeinde entscheiden, ob sie eine Pflicht zur Bewilligung will. Und die Polizei kann entscheiden, ob sie die Verursacher:innen von Polizeieinsätzen an den Kosten beteiligen will. Dies wurde bisher selten gemacht, denn der Aufwand für eine Kostenüberwälzung ist sehr hoch. Regelmässig beteiligen sich lediglich die Fussballclubs an den Polizeikosten. Die aktuellen Gesetze und die Praxis funktionieren in der Stadt gut.

Demokratiefeindlicher «Chilling-Effekt»

Die zwingende Kostenüberwälzung ermöglicht die Kollektivbestrafung von unschuldigen Personen. Eine solche Kriminalisierung verletzt rechtsstaatliche Prinzipien und führt zu einem «Chilling Effekt»: Die Bevölkerung wird aufgrund der drohenden Kosten und Strafen von der Ausübung ihrer Grundrechte abgehalten. Bei Verunsicherung wird vermehrt auf Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit verzichtet.

Frontaler Angriff auf unsere Grundrechte

Die Initiative und der Gegenvorschlag stellen einen frontalen Angriff auf die verfassungsmässig garantierten Grundrechte dar. Gemäss dem UNO-Menschenrechtsausschuss ist eine Bewilligungspflicht völkerrechtswidrig, denn sie untergräbt die Idee, dass friedliche Versammlungen ein Grundrecht sind.

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Zürich sagt zweimal NEIN. Stichfrage: Gegenvorschlag.

■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin GRÜNE

Nein zur extremen SVP-Initiative
Nein zum Gegenvorschlag

willkürlich,
antidemokratisch,
gegen
Grundrechte!

Stichfrage:
Gegenvorschlag

RÜCKBLICK

NATIONALE WAHLEN

Minus fünf Prozent beim Wähler:innenanteil und ein Nationalratsstz weniger. Der Wahlabend vom 22. Oktober 2023 verlief für uns GRÜNE – gemessen an dem historischen Wahlerfolg von 2019 – enttäuschend. Erfreulich war das respektable Ergebnis von Daniel Leupi bei den Ständeratswahlen und der breit geführte Wahlkampf mit so vielen Kandidierenden wie noch nie.



Voller Einsatz beim Strassenwahlkampf in Winterthur

Mit einem Wähler:innenanteil von 9.8 Prozent haben wir GRÜNE bei den Nationalratswahlen schweizweit das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte erzielt. Dennoch ist der Verlust von 3.4 Prozent beim Wähler:innenanteil sowie von fünf Sitzen im Nationalrat und zwei Sitzen im Ständerat schmerzhaft. Im Kanton Zürich konnten wir uns über die erneute Wahl von Marionna Schlatter, Katharina Prelicz-Huber, Balthasar Glättli und Bastien Girod freuen. Zugleich ist es bitter, dass wir unseren fünften Nationalratsstz nicht halten konnten und Meret Schneider damit die Wiederwahl verpasste. Meret wird der GRÜNEN-Fraktion als kompetente und erfahrene Brückenbauerin in den Bereichen Landwirtschaft und Tierwohl fehlen.

So viele Kandidierende und Wahllisten wie noch nie

Mit 127 Kandidierenden, 4 Nationalratslisten und weiteren zahlreichen Unterstützer:innen konnten wir nahezu im gesamten Kanton eine breite Wahlkampagne hinlegen. Nochmals herzlichen Dank an dieser Stelle für dieses grosse Engagement. Unsere drei Unterlisten steuerten mit insgesamt 1.41 Prozent einen relevanten Wähler:innenanteil zum Gesamtergebnis bei und konnten auch über die

Kernwählerschaft hinaus mobilisieren. Die Jungen Grünen wurden – zum wiederholten Male nach 2019 – stärkste Jungpartei im Kanton.

Schwierige Themenkonjunktur

Multiple Krisen wie etwa die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg haben dazu geführt, dass die gesellschaftliche Grundstimmung eine andere war als vor vier Jahren. Das Thema Sicherheit stand wieder höher auf der politischen Agenda, was einen Mobilisierungsschub bei den bürgerlichen Parteien begünstigte. Zugleich gewannen national das Thema Migration und soziale Themen wie die steigenden Krankenkassenprämien an Bedeutung. Der Klimaschutz als unser Kernthema war zwar in den Augen der Wählenden immer noch wichtig, aber nicht mehr im gleichen Ausmass wie 2019.

Erste Nachwahlumfragen zeigen, dass wir bei weiblichen, jungen und städtischen Wählenden im Vergleich zu 2019 sehr stark verloren haben. Ein Grossteil unserer Wählenden von 2019 hat dieses Mal SP statt GRÜN gewählt. Auf die Mobilisierung der linken Wechselwählenden gilt es in der weiteren Nachwahlanalyse ein besonderes Augenmerk zu legen.

Ständeratswahlen

Unser Ständeratskandidat Daniel Leupi konnte mit 97'520 Stimmen – über 2'000 Stimmen mehr als beim Ständeratswahlergebnis der GRÜNEN vor vier Jahren – ein starkes Ergebnis im ersten Wahlgang erzielen.

Die Entscheidung, auf eine Teilnahme im zweiten Wahlgang zu verzichten, war im Rückblick die richtige Strategie. So konnten ein SVP-Ständerat und damit ein weiterer Rechtsrutsch verhindert und mit der Wahl von Tiana Moser die ökologischen Kräfte im «Stöckli» gestärkt werden.

Jetzt erst recht: Mit GRÜN Gegensteuer geben

Eines ist klar: Mit diesen Wahlen werden klimapolitische Fortschritte in Bundesbern deutlich erschwert. Umso wichtiger ist es nun, dass wir GRÜNE den Handlungsdruck auf allen politischen Ebenen auch ausserparlamentarisch hochhalten. Präsenz auf den Plätzen und in den Gemeindeversammlungen zeigen und offensiver denn je für Grüne Lösungen werben. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt dafür als jetzt!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer GRÜNE Kanton Zürich

NACHRUF

HANS BEAT SCHAFFNER

Am 10. November 2023 ist Hans Beat Schaffner in seinem 82. Lebensjahr verstorben. Seine Abdankung fand in der Kirche Wollerau statt – in derselben Kirche, in der er und Marianne vor 59 Jahren von seinem Vater getraut wurden.

Hans Beat, lic. phil. I und Verkehrsplaner, war Initiator zur Gründung der Grünen Partei des Kantons Zürich (GPZ) im Jahr 1978, war deren erster Präsident, 1983 erster grüner Kantonsrat (zusammen mit Thomas Rohrer, Hans Meier und dem Unterzeichnenden) und erster Fraktionsvorsitzender im Jahr 1987, als wir die Anzahl Sitze von 4 auf 22 erhöhen konnten. Ebenfalls im Jahr 1983 vertrat er die GPZ bei der Gründung der GP Schweiz (GPS) und wurde



deren Vorstandsmitglied. Daneben war er offizieller Delegierter der GPS bei der europäischen Vereinigung der Grünen Parteien Europas und deren Gründungsmitglied. Diese Daten zeigen die grüne Überzeugungskraft, den unbändigen Willen von Hans Beat, sich für die grünen Anliegen einzusetzen. Dem Zürcher Kantonsrat gehörte er acht Jahre an; seine sachbezogene, pragmatische Art des Politisierens wurde über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt. Hans Beat

schrieb auch zwei Bücher: Das eine, «Grün bewegt», erschien zum 20-jährigen Jubiläum der GRÜNEN 2003.

Ich bin froh, dass ich ihn im Alterszentrum Pfäffikon SZ vor einem Jahr besuchte – und mich von ihm de facto

verabschieden musste. Ein Dialog war mit ihm leider nicht mehr möglich, da seine Demenz schon zu ausgeprägt war. Mit seinen Angehörigen teilte ich eine tiefe Betroffenheit.

Wir verlieren in Hans Beat einen politischen Initiator, Mitstreiter und Freund und werden ihn vor allem als Parteigründer und Mensch in bester Erinnerung behalten.

«Hans Beat bleibt mir als begeisterter "Macher" in Erinnerung.»

(Jürg Nipkow, Alt-Kantonsrat)

«Hans Beat hat mich in seiner ruhigen, selbstlos einsatzfreudigen Art stark beeindruckt.»

(Sepp Gunsch, Alt-Kantonsrat)

«Hans Beat war optimistisch, initiativ, konsequent, freundlich, nicht zu laut, an die grüne Zukunft glaubend, eine natürliche Autorität, umsichtig.»

(Diana Hornung, Alt-Kantonsrätin)

■ Richard Bisig, Alt-Kantonsrat GRÜNE

KLOTEN

40-JÄHRIGES JUBILÄUM MIT NEUEM PRÄSIDIUM

An der Mitgliederversammlung vom 24. August 2023 haben die GRÜNEN Kloten ein neues Präsidium gewählt: Künftig werden Diana Diaz, 24, Politik- und Umweltwissenschaftlerin, und Alexander Moser, 54, selbständig, als Co-Präsidium die Geschicke der Partei leiten. Die Neubesetzung des Amtes wurde notwendig, nachdem Sven «Jacob» Schönauer die Partei über seinen Rücktritt informiert hatte.

Die Mitgliederversammlung fand auf den Tag genau vierzig Jahre nach der Gründung der GRÜNEN Kloten statt. Dieses besondere Jubiläum wurde dann nochmals am 19. November richtig gefeiert: Bei Apéro und Kuchen hatten die Teilnehmenden, Mitglieder der Partei und Gäste aus anderen Ortsparteien der GRÜNEN des Bezirks,

Gelegenheit zum Austausch zwischen den verschiedenen Generationen. Bereichert wurde das Fest durch einen Auftritt von Michael Schoch, einem Umweltkünstler, Schauspieler und Musiker aus Bern. Daneben wurde ein Teil der Ausstellung «Erschreckend schöne Bilder» des Geographischen Instituts der Universität Zürich präsentiert. Der Einblick in Bilder, Flyer und Unterlagen aus der Geschichte der GRÜ-



Das neue Co-Präsidium der GRÜNEN Kloten: Alexander Moser (l.) und Diana Diaz (r.).

NEN Kloten gab nicht nur Anlass zum Schmunzeln in Bezug auf Frisuren und Bekleidung, sondern auch Hinweise darauf, welche Anliegen die Partei in der Vergangenheit bewegt haben. Wie Co-Präsidentin Diana Diaz in ihrer kurzen Ansprache feststellte, sind die gleichen Themen, die bereits vor einigen Jahrzehnten für Diskussionen sorgten, immer noch aktuell. So zum Beispiel das Referendum gegen den Ausbau der Autobahnen. Das heisst als Konsequenz auch, dass die GRÜNEN Kloten dranbleiben und auch in den nächsten vierzig Jahren auf eine umweltverträgliche und klimafreundliche Politik in Kloten hinarbeiten werden.

■ Alexander Moser & Diana Diaz, Co-Präsidium GRÜNE Kloten

SCHWERZENBACH KINO MIT DEN GRÜNEN



Die GRÜNEN Schwerzenbach-Volketswil organisierten einen Filmabend im Chimlisaal, der diesmal als Kino diente. Der gezeigte Dokumentarfilm «The Game Changers» begleitet Top-Athleten auf ihrem Weg zur veganen Ernährung. Etwa zwei Dutzend Zuschauer erfuhren, dass fleischlastige Ernährung nicht entscheidend für sportliche Leistung ist und die Ausdauer negativ beeinflussen kann. Der Film beleuchtet historische Fakten zu pflanzlicher Ernährung bei Gladiatoren und erklärt biochemische Prozesse im Körper. Gelächter im Saal entstand, als ein Sportarzt zeigte, dass nächtliche Erektionen bei Football-Spielern stärker sind, wenn sie Bohnen statt Hackfleisch essen.

Die Gäste konnten sich in der Pause und nach dem Film mit rein pflanzlichen Kino-Snacks stärken. Gespräche drehten sich um Essen und vegane Rezepte. Die Veranstaltung sollte den Stand der Wissenschaft zur Ernährung unterhaltsam ohne erhobenen Zeigefinger vermitteln, erklärte Mitorganisatorin Kiki Jungfer. Möglicherweise trugen die Diskussionen dazu bei, dass Gemüse- und vegane Burger-Verkäufe in den örtlichen Filialen von Coop, Migros und Co. leicht stiegen.

Es war die dritte Veranstaltung dieser Art und ein vierter Filmabend sei bereits in Planung, so Tobi Ulrich aus Volketswil. Welcher Film dann gezeigt werden wird, bleibt vorerst ein Geheimnis, aber er wird wieder gratis für alle Interessierten sein.

■ Kiki Jungfer, Co-Präsidentin GRÜNE Schwerzenbach-Volketswil

AFFOLTTERN: ERFOLGE FÜR DIE BIODIVERSITÄT

Nachdem 2020/2021 in neun Gemeinden rund um den Greifensee Biodiversitätsinitiativen erfolgreich durch die Gemeindeversammlung gebracht wurden, hat sich auch im Bezirk Affoltern eine überparteiliche Gruppierung gebildet, die in sechs Gemeinden solche Einzelinitiativen eingereicht hat. Bei der Koordination waren Mitglieder der GRÜNEN massgeblich beteiligt. In vier Gemeinden wurden diese im Dezember 2023 der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. In Hausen und Ottenbach wurde der Gegenvorschlag angenommen, in Hedingen die eingereichte Biodiversitätsinitiative. In Bonstetten wurde die Biodiversitätsinitiative abgelehnt. Wir freuen uns über den Erfolg. In drei Gemeinden stimmte eine Mehrheit der Versammlung für mehr Biodiversität. Wir versuchen nun in weiteren Gemeinden Einzelinitiativen zu lancieren.

■ Thomas Schweizer, Präsident GRÜNE Bezirk Affoltern

DIE ABSTIMMUNGEN IM DETAIL

- **Hausen:** Der Gegenvorschlag wurde angenommen. Das ordentliche Budget zur Förderung der Biodiversität wird nun von 30'000 auf 60'000 Franken erhöht (Die Initiative verlangte einen Dreijahreskredit von 250'000 Franken).
- **Ottenbach:** Der Gegenvorschlag wurde angenommen. Für die nächsten drei Jahre stehen 120'000 Franken zur Verfügung (Die Initiative verlangte 150'000 Franken).
- **Hedingen:** Die Initiative wurde angenommen. Für die Förderung der Biodiversität steht nun ein Rahmenkredit für drei Jahre von 240'000 Franken zur Verfügung.
- **Bonstetten:** Die Initiative wurde abgelehnt. Sie verlangte einen Rahmenkredit für drei Jahre von 200'000 Franken.

MEHR BIODIVERSITÄT IN DÜBENDORF

649 gültige Unterschriften, so viele reichten wir GRÜNEN Dübendorf im September 2022 für unsere Initiative «Rettet die Bienen» bei der Stadt ein. Die Initiative forderte, innerhalb der nächsten drei Jahre 900'000 Franken in Biodiversitätsmassnahmen zu stecken. Jetzt, ein bisschen mehr als ein Jahr später, wird das Anliegen umgesetzt. Gemäss eines vom Gemeinderat angenommenen Gegenvorschlages des Stadtrates werden die 900'000 Franken aber nicht für drei, sondern für zehn Jahre budgetiert. Der Gegenvorschlag erfolgte, weil sich der Stadtrat sehr sicher war, den Betrag nicht innerhalb dreier Jahre sinnvoll einsetzen zu können. Handkehrum zogen wir unsere Initiative zurück und der Gegenvorschlag trat ohne ein Referendum in Kraft.

Auf der einen Seite haben wir uns schon auf einen tollen Abstimmungskampf gefreut. Nichts wäre besser gewesen, um die Bevölkerung über die Biodiversitätskrise aufzuklären und Denkanstösse zugeben, wie wir aus Dübendorf eine schönere und ökologischere Stadt machen können. Auf der anderen Seite zeigte sich aber auch, dass selbst eine konservative Stadt wie Dübendorf sich dank 649 Stupsen aus der Bevölkerung bessern kann, auch wenn der verstärkte Einsatz für mehr Biodiversität schlussendlich auf Grünem Mist gewachsen ist.

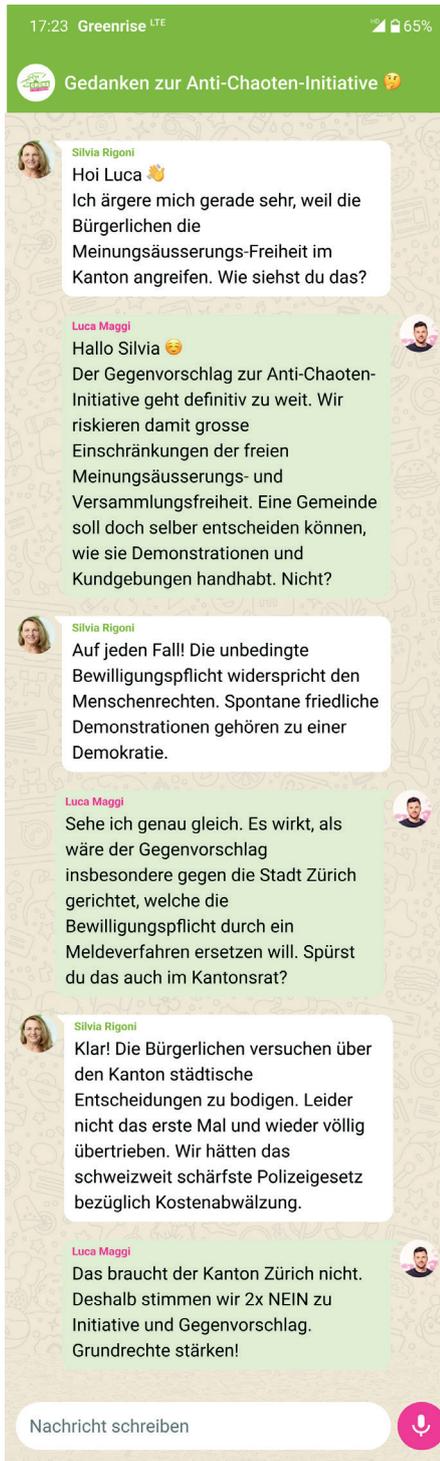
■ Julian Croci, Gemeinderat GRÜNE Dübendorf



Die GRÜNEN Dübendorf bei der Einreichung der Volksinitiative «Rettet die Bienen».

GEDANKEN ZUR ANTI-CHAOTEN-INITIATIVE

Silvia Rigoni und Luca Maggi sind sich einig: Die Grundrechte unserer Demokratie müssen gestärkt werden. Und dem schweizweit schärfsten Polizeigesetz bezüglich Kostenabwälzung entgegengetreten werden.



■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin und Luca Maggi, Gemeinderat Stadt Zürich

EIN REALLABOR FÜR ZÜRICH

Zürich lebt über den eigenen Verhältnissen. Zu viele Emissionen, zu viele klimaschädliche Konsumprodukte, zu grosse Wohnungen, zu viele Flugkilometer. Anders gesagt, wir wohnen auf zu grossem Fuss. Dies ist nicht eine grüngefärbte Meinung, sondern das sagen die Zahlen, die die Stadt Zürich erhoben hat. Wir brauchen die Ressourcen von über drei Planeten (die wir nicht haben). Damit wir die uns selbst gesetzten Klimaziele erreichen, müssen wir aber noch einiges an Tempo zulegen. Zur Erinnerung: Die auf Stadtgebiet ausgestossenen Emissionen müssen bis 2040 auf Netto-Null gebracht, alle anderen Emissionen um mindestens ein Drittel reduziert werden. Es wird also nichts daran vorbeiführen, dass wir als Stadtzürcher Bevölkerung unseren Lebensstil verändern.

Stopp – jetzt nicht grad abhängen

Beim Thema Klimakrise wird das Verlassen der Komfortzone zur Pflicht. Denn die zu vielen Ressourcen, die wir verbrauchen, gehen auf Kosten von Menschen aus dem globalen Süden und auf Kosten der Natur. Das ist ungerecht, egoistisch und unverantwortlich.

Reallabor für eine Klimagenossenschaft

500 Menschen gründen eine Genossenschaft mit dem Ziel, pro Person nicht mehr Ressourcen zu nutzen, als unser Planet hergibt. Dies bedeutet, dass Zimmer von 10-15 m² zur Verfügung stehen, dass eine gemeinsame Küche mit biologischem, vegetarischem/veganem Essen betrieben wird, dass die Genossenschafter:innen Gemeinschaftsräume anstelle von individuellen Wohnzimmern beleben, sie nachbarschaftliche Unterstützungsstrukturen für die Kinderbetreuung oder die Pflege von älteren Menschen gestalten, eine Reparaturwerkstatt und einen urbanen Garten führen. Das Projekt soll aufzeigen, dass mensch zusammen mit anderen einen neuen Lebensstil entwickeln kann und dass ein solcher Lebensstil gewinnbringend für den einzelnen Menschen und für den Planeten sein kann. Alleine ist es sehr viel schwieriger etwas zu verändern, aber eine ganze Siedlung, die ihren Alltag gemeinsam klimagerecht organisiert, ist stark, macht Freude und hat Impact.

> www.klimagenossenschaft.ch

■ Dominik Waser, Gemeinderat Stadt Zürich

UNSERE NEU GEWÄHLTEN (CO-)KREISPARTEIPRÄSIDENT:INNEN

KREIS 3/9



KREIS 7/8



KREIS 11/12



KREIS 6/10



VÉLOKINO «FAIR TRADERS»

WAHLKAMPF DER KREISPARTEI 6/10

Wie seid ihr auf die Idee gekommen?

Wir wollten für die nationalen Wahlen eine Wahlkampfveranstaltung machen, die möglichst viele Menschen auch ausserhalb der Partei ansprechen und für die Wahl mobilisieren könnte. So sind wir auf den Verein Vélorution gestossen, der regelmässig in Zürich und Umgebung Vélokinos veranstaltet. Wir dachten uns, in Kombination mit einer Podiumsdiskussion wäre das eine super Gelegenheit, um auf umweltpolitische Themen und unsere Kandidierenden aufmerksam zu machen.

Was ist anders als bei einem herkömmlichen Openair-Kino-Abend?

Ein Vélo kino ist vollständig energieautark, der benötigte Strom wird zu 100 Prozent von den Zuschauer:innen durch das Pedalieren erzeugt. Es braucht damit keine externen Energiequellen, die Emissionen erzeugen. Das Vélo kino ist dadurch klimaneutral.

Wieviel Strom braucht es eigentlich, um ein Vélo kino zu betreiben?

Es gab zehn angeschlossene Vélos, mit denen Strom generiert wurde. Diese produzierten pro Stunde etwa 500 Watt, was einer Leistung von 0.5 kWh entspricht. Man bekommt so auch ein Gefühl dafür, wie gross der Energieaufwand für einen Kinoabend ist.

Ihr habt euch den Film Fair Traders ausgesucht. Gibt es einen Grund dafür?

Wir wollten einen Schweizer Film, der Themen behandelt, die uns als GRÜNE umtreiben. «Fair Traders» schien uns dafür ideal. In dem Film geht es um die Frage, wie wir sowohl ökologisch und nachhaltig als auch sozial und unter fairen Arbeitsbedingungen wirtschaften können. Es wird klar, dass sich diese Themen nicht ausschliessen und ein Wirtschaftssystem, das uns Menschen und unsere Umwelt ins Zentrum stellt, möglich ist. Sehr gefreut hat uns auch, dass der Regisseur Nino Jacusso anwe-

send war und an unserer Podiumsdiskussion teilgenommen hat. Dadurch konnten wir mehr über die Entstehung und die Resonanz des Films erfahren.

Daniel Leupi hat fleissig mitgestram-pelt. Wie würdet ihr die Stimmung bei einem Vélo-Kino beschreiben?

Dadurch, dass viele mithelfen, das Vélo kino zu betreiben, kommt man einfacher mit anderen Besucher:innen in Austausch und es macht auch ein bisschen stolz, zusammen ein Kino durch reine Muskelkraft zu betreiben. Zudem war es eine gute Möglichkeit für Kandidierende und Besucher:innen ins Gespräch zu kommen. Der Abend hat sich somit gelohnt und es wäre eine tolle Sache, das Vélo kino im nächsten Jahr zu wiederholen, gerne auch zusammen mit anderen Kreisparteien!

■ Das Interview mit Lisa Eckart, Vorstandsmitglied 6/10, führte Tara Welschinger, Geschäftsführerin GRÜNE Stadt Zürich

KEINE KINDER

ZWEITER KLASSE

Anfang Juni 2022 wurden zahlreiche Missstände rund um das MNA-Zentrum Lilienberg öffentlich. Zu verdanken war dies einer Gruppe von ehemaligen AOZ-Mitarbeitenden, die den Gang an die Öffentlichkeit wagten, nachdem sie zuvor bei sämtlichen verwaltungsinternen Stellen von Kanton und AOZ kein Gehör gefunden haben. Zusammen mit Kantons- und Gemeinderät:innen (GRÜNE, AL) wurden diese Missstände zusammengetragen und daraus Sofortmassnahmen abgeleitet.

In den beiden Räten wurde der Druck auf den Regierungsrat und auf den Stadtrat mit diversen Vorstössen erhöht und mit Fraktionserklärungen unterstrichen. Der Regierungsrat

veranlasste darauf eine externe Betriebsprüfung, die ein klares Bild der Situation im Zentrum Lilienberg, in dem viele MNAs untergebracht werden, zeichnete. Die von den Mitarbeitenden benannten Missstände seien zutreffend, der Lilienberg überfüllt, es mangle an ausgebildetem Fachpersonal, es habe zu wenig sanitäre Anlagen und die Gesundheitsstandards würden nicht eingehalten.

Das Netzwerk «MNA im Kanton Zürich» wurde ins Leben gerufen. Dem Netzwerk gehören Fachpersonen und Politiker:innen von GRÜNEN, AL, SP und GLP an. Im März 2023 wurde dem Regierungsrat unter dem Titel «Keine Kinder zweiter Klasse» ein Weissbuch

mit Vorschlägen für eine bessere Betreuung der MNA übergeben.

Erfreulicherweise verkündete der Regierungsrat im November 2023 einen Kurswechsel. So betonte Regierungspräsident Mario Fehr, bei der Ausschreibung für die MNA-Unterbringung die Qualität priorisiert zu haben. Es sind neu Wohngruppen, statt Grossunterkünfte, vorgesehen.

Ende gut alles gut? Jein, es gilt die Umsetzung kritisch zu begleiten und wenn nötig erneut zu intervenieren. Die UNO-Kinderrechtskonvention gilt auch für geflüchtete Kinder.

■ Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin

DER NEUE RICHTPLAN MEHR ALS NUR KARTENEINTRÄGE

Die Stadt Winterthur hat einen Richtplanentwurf zur öffentlichen Vernehmlassung aufgelegt. Verschiedene Festlegungen der letzten Jahre wurden in ein umfassendes Projekt zusammengeführt. Die beiden – für uns GRÜNE – wichtigsten: Der «Net-to-Null Beschluss» der Bevölkerung und die «räumliche Entwicklungsperspektive» der Verwaltung, beide aus dem Jahr 2021.

Mit dem Richtplan soll eine wegweisende Leitlinie für die nächsten Jahrzehnte geschaffen werden. Sie beschreibt ausführlich, wohin die Reise für die Stadt gehen soll, und bezeichnet vielerorts auch bereits Massnahmen dazu. Das behördenverbindliche Instrument soll künftig dynamischer, und in kürzeren Zeitabständen als bisher, an die Entwicklung angepasst werden.

Das mehrhundertseitige Dokument setzt ehrgeizige Vorgaben für das Zieljahr 2040. Es definiert Schwerpunkträume der künftigen Verdichtung (erwartete Bevölkerungszunahme!), legt Strategien für die Sicherung von hinreichend Frei- und Grünräumen fest, verlangt die Berücksichtigung von Klima- und Biodiversitätszielen, will Winterthur zur 5-Minuten Stadt transformieren und setzt unmissverständlich auf eine neue städtische Mobilität.

Letzteres, indem als Zielwert die Halbierung des heutigen Anteils an motorisiertem Individualverkehr angestrebt wird. Sogar wir GRÜNE mussten uns erst die Augen reiben. Die klare Ansage wird allerdings in anderen Kreisen auf heftigen Widerstand stossen. Die Dis-

kussion um das künftige Temporegime andererseits (fast überall 30 km/h und weniger) ist dagegen nur noch Nasenwasser. Der Damm ist auch in der Stadt Winterthur längst gebrochen. Unterdessen wurden sogar Rekurse zu den ersten Abschnitten auf Hauptverkehrsstrassen erledigt oder zurückgezogen.

Trotz grundsätzlich positiver Bewertung hat sich eine Arbeitsgruppe der GRÜNEN in vielen Stunden Arbeit vertieft mit dem Vorschlag auseinandergesetzt und manche Ungereimtheiten entdeckt, die wir in einer Stellungnahme eingereicht haben. Die wichtigsten Punkte daraus:

- Es soll mehr preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung stehen. Aktuell sind rund 11 Prozent so einzuordnen. Der vorliegende Entwurf will den Anteil lediglich halten. Wir fordern mit der Festlegung eines Anteils in Kostenmiete von mindestens 20 Prozent, dass diesbezüglich eine aktivere Entwicklungspolitik verfolgt wird.
- Die bisherige Masterplanung am Hauptbahnhof überzeugt weder in verkehrlicher noch städtebaulicher

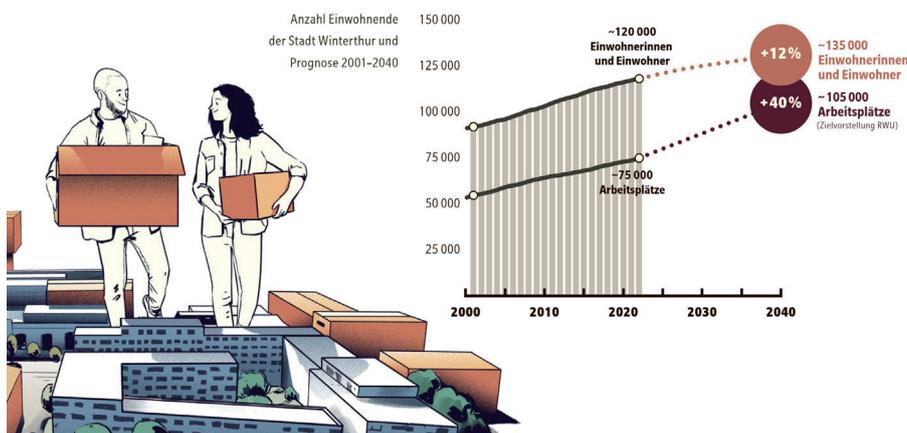
Hinsicht. Sie wurde gemeinsam mit der SBB erstellt und ist auf den Zeitraum nach dem Ausbauschnitt 2035 (Mehrspur Zürich) ausgerichtet. Geplant sind lediglich horizontale Verbreiterungen des Gleisraums. Das bringt wenig und verstellt noch mehr wertvollste Stadträume: Kurz ein Murks. Notwendig ist vielmehr ein Befreiungsschlag, der auch die dritte Dimension (z.B. Tiefbahnhof) mitberücksichtigt. Wir verlangen eine Neuaufnahme der Planung, welche die Leistung des viertgrössten ÖV-Knotens im schweizerischen Bahnnetz adäquater berücksichtigt. Sowohl für den Bahnverkehr, den lokalen Busverkehr als auch bezüglich Umsteigekapazitäten muss zugelegt werden. Ansonsten werden die gewünschten Modalsplit-Verschiebungen im Land der Träume verbleiben.

- In Bezug auf die Berücksichtigung der Klima- und Biodiversitätsziele fordern wir an verschiedenen Stellen Ergänzungen und Präzisierungen: Sowohl im Siedlungsgebiet wie auch in Bezug auf die städtischen Naturvorranggebiete.

Alle Details der Eingabe finden sich auf: <https://winterthur.gruene-zh.ch/richtplan23>

Nach der Überarbeitung und allfälligen Berücksichtigung von Einwendungen wird die Vorlage zur Diskussion und Genehmigung in das Stadtparlament kommen. Die politische Diskussion des Richtplans wird mit Sicherheit spannend und kontrovers. Erneut steht im Stadtparlament ein grosses und äusserst wichtiges Projekt an!

■ Reto Diener, Stadtparlamentarier und Präsident a.i. GRÜNE Winterthur



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Winterthur bis zum Jahr 2040

KLIMA VOR PROFIT

WAHLRÜCKBLICK UND ZWÖLF FORDERUNGEN



Die Jungen Grünen am Wahlkampf-Pub Crawl mit dem Ständeratskandidaten der GRÜNEN, Daniel Leupi.

Wir blicken zurück auf einen ereignisreichen und motivierten Wahlkampf für die Nationalratswahlen. Unser Ziel war es, die stärkste Jungpartei zu bleiben. Was wir mit 0.77 Prozent im Kanton Zürich und über 1 Prozent schweizweit erreicht haben.

Wir haben 70'000 Flyer verteilt und mit diversen Aktionen offline und auf Social Media auf unsere Anliegen, Forderungen und Visionen aufmerksam gemacht. Den Wahlkampf haben wir entlang dreier Hauptthemen strukturiert: Umwelt und Klima, intersektionaler Feminismus und internationale Verantwortung. Unsere Spitzenkandidatin Michelle Huber hat unsere Themen auch in den Medien kompetent vertreten und mit fast 8'000 Stimmen ein sehr gutes Resultat erzielt. Als Junge Grüne hatten wir mit Anna-Béatrice Schmaltz eine Spitzenkandidatin auf der Hauptliste der GRÜNEN. Auch sie hat einen starken Wahlkampf gemacht und ein sehr gutes Ergebnis von über 40'000 Stimmen erzielt.

Unsere Forderungen bleiben auch über den Wahlkampf hinaus aktuell und relevant und stossen wichtige Debat-

ten an. Das gute Wahlergebnis zeigt, dass es sich als Jungpartei lohnt, linke, feministische und progressive Politik zu machen und mutig und sichtbar zu sein.

Im Folgenden unsere 12 Forderungen mit einigen Schwerpunkten:

1. Netto-Null und Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2030: Um einen gerechten Beitrag zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze gemäss dem Pariser Klimaabkommen zu leisten, darf die Schweiz bis 2030 unter dem Strich keine Treibhausgasemissionen mehr emittieren. Dazu braucht es einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und sozial gerechte Massnahmen in allen Sektoren.
2. Kostenloser Zugang zu Verhütung und Abtreibung.
3. Offene Grenzen für alle Menschen.
4. Antikapitalistische Wirtschaft: Die Schweiz muss aus der kapitalistischen Wirtschaftslogik aussteigen. Statt unendlichem Wachstum und rücksichtsloser Profitmaximierung soll eine

intakte Umwelt und das Wohlergehen aller Menschen zur ersten Priorität der Wirtschaft werden.

5. 100 Prozent nachhaltige Landwirtschaft.

6. Bedingungslose Existenzsicherung: Grundlegende Güter und Dienstleistungen wie Wohnraum, Lebensmittel oder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollen allen Menschen in der Schweiz bedingungslos zur Verfügung stehen. Das schafft eine umfassende soziale Absicherung und ermöglicht zudem allen, sich ehrenamtlich zu engagieren oder Angehörige zu pflegen.

7. 24-Stunden-Woche.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn spart Ressourcen und ermöglicht den Menschen, sich für persönliche und gesellschaftliche Themen einzusetzen.

8. Konzernverantwortung jetzt.

9. Bürger:innenrechte für alle: Wir wollen unsere Demokratie stärken. Sowohl Menschen ohne Schweizer Pass, Menschen ab 16 Jahren und Menschen mit umfassender Beistandschaft sollen Zugang zu unserer Demokratie erhalten.

10. Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung.

11. Abschaffung Geschlechtseintrag/ Einführung dritter Geschlechtseintrag: Die Existenz von nicht-binären, agender und intergeschlechtlichen Menschen muss staatlich anerkannt werden.

12. Bürger:innenrat statt Ständerat.

■ Michelle Huber und Anna-Béatrice Schmaltz, Vorstand Junge Grüne

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

29. Januar 2024, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Volkshaus Zürich (Blauer Saal),
Stauffacherstrasse 60, Zürich.

GRÜNE STADT ZÜRICH

23. Januar 2024, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Photobastei, Zürich.

29. Januar 2024

Offene Vorstandssitzung

Kreispartei 6/10

Ort wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE WINTERTHUR

1. Februar 2024, 19:30 Uhr

Offene Mitgliederversammlung

Ort: Kirchgemeindehaus, Liebestrasse
3, 8400 Winterthur.

20. März 2024, 19:30 Uhr

Jahresversammlung

Ort: Kirchgemeindehaus, Liebestrasse
3, 8400 Winterthur.

GRÜNE DÜBENDORF

15. Januar 2024, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Restaurant Dübi Ice.

13. Februar 2024, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Restaurant Plisi, Wallisellenstrasse
7a.

13. März 2024, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Restaurant Le Monde, Am Stad-
rand 13, Stettbach.

GRÜNE DIETIKON

22. März 2024, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben.

GRÜNE KLOTEN

17. Januar 2024, 19:00 Uhr

Diskussion zur Glattalbahn in Kloten

Ort: Sitzungszimmer im Schluefweg,
Kloten. Diskussion zur Position der
GRÜNEN Kloten in Bezug auf das Pro-
jekt Glattalbahn in Kloten.

8. Februar 2024, 19:00 Uhr

Podium Pistenverlängerung

Ort: Reformiertes Kirchgemeindehaus,
Kirchgasse 30, Kloten. Vor der Abstim-
mung zu den Pistenverlängerungen
am Flughafen Zürich setzen sich
Gegner:innen und Befürworter:innen
mit der Vorlage auseinander.

GRÜNE BÜLACH

6. Februar 2024, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Saal Bergli (Berglistrasse 24).

21. März 2024, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Glasi-Saal (Glasistr. 1), Natalie
Schwarzenbach spricht über die
Freiwilligenarbeit für Geflüchtete in
Bülach.

GRÜNE USTER

10. Januar 2024, 20:00 Uhr

Grüner Stamm

Ort: Zeughausbar Uster; für alle, die
Lust auf grüne Lokalpolitik haben.

7. Februar 2024, 20:00 Uhr

Grüner Stamm

Ort: Zeughausbar Uster; für alle, die
Lust auf grüne Lokalpolitik haben.

6. März 2024, 20:00 Uhr

Grüner Stamm

Ort: Zeughausbar Uster; für alle, die
Lust auf grüne Lokalpolitik haben.

PAROLENSPIEGEL

3. MÄRZ 2024

Kantonale Vorlagen

JA 01. Änderung der Verfassung
des Kantons Zürich (Voraus-
setzungen für die Wahl an die
obersten kantonalen Gerichte)

NEIN 02. A. Kantonale Volksinitiative
zur Durchsetzung von Recht
und Ordnung

NEIN 02. B. Gegenvorschlag des
Kantonsrates

02. C. Stichfrage:
Gegenvorschlag

JA 03. Kantonale Volksinitiative
«Für öffentliche Uferwege mit
ökologischer Aufwertung»

NEIN 04. Verlängerung der Pisten
28 und 32 am Flughafen Zürich

Eidgenössische Vorlagen

JA 1. Volksinitiative
«Für ein besseres Leben
im Alter (Initiative für eine 13.
AHV-Rente)»

NEIN 2. Volksinitiative
«Für eine sichere und
nachhaltige Altersvorsorge
(Renteninitiative)»

> gruene-zh.ch/abstimmungen



ALLE VERANSTALTUNGEN

> gruene-zh.ch/events

